

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dresdener Post: Tagesblatt Riesner  
Gesamt Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und des Rates der Stadt Riesner,  
des Finanzamts Riesner und des Landratsamts Weichen, sowie des Gemeinderates Gröbba.

Verlagsschloß Dresden 1921  
Groschloß Riesner Nr. 22.

Nr. 209.

Mittwoch, 7. September 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tagesblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 4.— Mark ohne Zustellgebühr, bei Abholung am Posthalter monatlich 4.10 Mark ohne Postgebühr. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Wendze für den Rest des Monats an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 Nummern des Tagesblattes (7 Bände) 1.10 Mark, Ortspreis 1.— Mark; zeitüberdauernde und tabellarische Anzeigen 50%, Aufschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30%, Resto gratis. Demittiger Rabatt 10%, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsgefahr ist. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Verantwortliche Redaktionsleiterin: Frau Marie Schöler. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziger keinen Anspruch auf Weiterung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterrich, Riesner. Geschäftsstelle: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Kühnel. Riesner; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesner.

Auf Blatt 208 des hiesigen Handelsregisters, die Firma Speicherei- und Creditbank-  
Aktiengesellschaft in Riesner betr., ist heute eingetragen worden: Der Kaufmann Carl  
Wap Wapner in Dresden ist als Vorstandsmitglied ausgeschieden.  
Amtsgericht Riesner, den 6. September 1921.

Die vom hiesigen Wohnungsausschuß aufgestellten und von dem Gemeinderat in der  
öffentlichen Sitzung am 29. August 1921 genehmigten Richtlinien über die Vergebung  
freier Wohnungen und Eintragung in die Wohnungskontrollen in der Gemeinde  
Gröbba liegen zur Einsichtnahme für sämtliche Wohnungsbauinteressenten sowie Grundstücks-  
besitzer im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, (Meldeamt) öffentlich aus.  
Gröbba (Elbe), am 6. September 1921. Der Gemeindevorstand.

**Bezirksarbeitsnachweis Großenhain, Nebenstelle Riesner**  
Bahnhofstraße Nr. 17, Tel. Nr. 40.  
Meldezeit für Frauen vorm. 8—10, für Männer 10—12, Uhr.

Es werden gesucht: 2 Maser, 10 Zimmerleute, 5 Maurer, 1 Klempner, 1 Rieter, 10 Tischler,  
1 Dachdecker, 1 Bauhilfsarbeiter, 1 Fahrrad- und Nähmaschinenmacher, 1 per. Elektromonteur,  
2 Wächter, 1 Korbmacher, 1 Friseur, 1 Verkäufer aus der Eisenwarenbranche, 1 Handlungs-  
gehilfe aus der Manufakturwarenbranche, 3 Stenotypistinnen, mehrere landw. Burken  
und Knechte, sowie Mäde bis zu 20 Jahren gegen Kartlohn, Haus- und Dienstmädchen  
für Herrschaften und Restaurants, 1 Schmiedelehrling.

## Deutschnationale Abgeordnete beim Reichstanzler.

mit. Berlin, 6. September.  
Dienstag abend wurde auf Ansuchen der deutschnationalen  
Fraktionen und Partei im Reichstanzler eine Aus-  
sprache über die politische Lage und über die Verordnungen  
des Reichspräsidenten vom 20. August veranlaßt. Die  
deutschnationalen Abgeordneten verlangten Anwendung der  
Verordnung gegen alle extremen Richtungen, die den politi-  
schen Kampf mit Gewalttätigkeiten führen. Insbesondere  
verlangten sie Schutz gegen gewaltsame Sprengung und  
Störung rechtsgerechter Kundgebungen und Versammlungen.  
Der Reichstanzler verwies auf die außerparlamentarischen  
Schädigungen, die durch chauvinistische Kundgebungen hervorgerufen würden. Er betonte  
die absolute Notwendigkeit, auf das schärfste alle Versuche, die  
Weimarer Verfassung mit Gewalt zu beseitigen, abzu-  
wehren, wenn Deutschland nicht durch inneren Bürger-  
krieg zu Grunde gehen solle. Ebenso sei der Schutz der Re-  
publik gegen alle terroristischen und gewaltsamen Angriffe  
eine selbstverständliche Staatsnotwendigkeit. Dabei werde  
die Verordnung streng und gerecht gegen alle gewalt-  
tätigen Elemente, wo immer sie sich zeigen müssen,  
angewendet werden. Ebenso erklärte der Reichstanzler, es  
werde mit allen Mitteln gewaltsamen Störungen friedlicher  
Versammlungen entgegengetreten werden.

Wie wir hören, sind im Laufe dieser Woche weitere Aus-  
sprachen mit den übrigen Parteien und Fraktionen geplant.

## Der Reichstanzler bestreitet die Vorwürfe gegen das Großkapital.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Geh. Dr. Nieber,  
hat der Reichstanzler Dr. Wirth mit folgendem Schreiben  
geantwortet:

Wern bestreite ich Ihnen den Empfang Ihres werthen  
Schreibens vom 6. ds. Mts. Ich bin gern bereit, Ihren  
Anregungen entsprechend meine Stellungnahme, wie sie in  
der Verammlung erfolgt ist, mitzuteilen. Angriffe gegen  
das Großkapital sind meinerseits überhaupt nicht erfolgt,  
da ich vom Großkapital nicht gesprochen habe. Es ist somit  
der Gedanke hinsichtlich, als ob führende Banken und Ban-  
khäuser Deutschlands durch meine Ausführungen hätten  
berührt werden können. Ich sprach vielmehr von einer  
Epoche des Hochkapitalismus der sich im wilden Börsen-  
wandel der letzten Wochen und Monate geäußert hat und  
zeitig auf die Spekulationswut, wie weit die Spekulation  
von dem Gedanken der Gemeinnützigkeit und des Vaterlandes  
sich fernhält. Dabei habe ich, so weit ich mich entsinne,  
einen Satz angedeutet, der wörtlich vor einigen Tagen im  
Berliner Tagesblatt bei Besprechung der Börse sich vor-  
gefunden hat, wobei auf den ungeheuren Egoismus der  
Deutschen hingewiesen war.

Meine Ausführungen sind in völlig freier Rede er-  
folgt. Ein Stenogramm wird im Parlament lag nicht vor.  
Damit glaube ich Ihre Anfrage genügend beantwortet zu  
haben.

Daraufhin hat Abg. Nieber dem Kanzler abermals ge-  
antwortet. In dem Schreiben heißt es u. a.: Mit Genugtuung  
haben wir von der Erklärung Kenntnis genommen,  
nach welcher der Gedanke hinsichtlich, als ob führende Ban-  
ken und Bankhäuser Deutschlands durch Ihre Ausführungen  
hätten berührt werden können. Wenn in Ihrem Schreiben  
auf die in den letzten Wochen und Monaten zutage getretene  
Spekulationswut hingewiesen wird, so halte ich mich als  
Vorleser des Zentralverbandes des Deutschen Bank-  
und Bankiergewerbes für verpflichtet, auch bei diesem Anlaß  
nachdrücklich festzustellen, daß die Mitglieder unseres Ver-  
bandes für diese spekulative Bewegung, welche aus bekann-  
ten wirtschaftlichen Ursachen die weitesten Kreise der Bevöl-  
kerung ergriffen hat, nicht nur nicht verantwortlich sind, son-  
dern daß das gemeinsame Bestreben aller führenden Ban-  
ken, Bankiers und Börsenkreise darauf abzielt, die Ein-  
schränkung dieser unerwünschten Entwicklung sowohl durch  
gesetzliche Maßnahmen, als auch durch entsprechende Hand-  
habung ihres Kundengeschäftes gerichtet war und gerichtet ist.  
Als kennzeichnend möchte ich hervorheben, daß dem Zentral-  
verband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes aus An-  
laß der von ihm gegen die Ausschreitungen von Wirtel-  
banken und Börsenspekulationen gerichteten öffentlichen War-  
nungen Zuschriften aus dem Publikum zugegangen sind, in  
denen diesen gefährlichen Verhältnissen das weitgehendste Ver-  
trauen bekundet und gegen die Mitglieder unseres Verbandes  
der Vorwurf erhoben wird, daß sie von Spekulationen ab-  
zuziehen, weil sie den kleinen Leuten die aus erzielenden  
Gewinne mitzudenken. Unter diesen Umständen erscheint es  
mir zum mindesten mißverständlich, als hätte ich solche Zeit-  
erscheinungen von einer Epoche des Hochkapitalismus zu  
sprechen. Ich hoffe jedoch, daß die von Ihnen, Herr Reichstanz-  
ler, mir abgegebene Erklärung die unerwünschten und un-  
angenehmen Meinungen beseitigen wird, welche an die Be-  
deutung Ihrer Ausführungen in der Presse tie und da be-  
zogen worden sind.

## Bayern verhandelt weiter.

Unter der Überschrift „Bayern und das Reich“ teilt die  
Bayerische Staatszeitung mit: Dienstag vorm. trafen fast  
alle Fraktionen des Landtages zu Beratungen zusammen. Um  
11 Uhr versammelten sich die Führer der Koalitionsparteien,  
um zur Lage und den vorgelegten Beschlüssen des Minis-  
terrats Stellung zu nehmen. Den Beratungen wohnten auch  
Ministerpräsident Dr. v. Raab und Staatssekretär Dr.  
Schwemer bei. Das Ergebnis der Beratungen war, wie  
wir erfahren, daß Uebereinstimmung dahin erzielt wurde,  
daß mit Berlin wegen der Frage der Verordnung des Reichs-  
präsidenten und des bayerischen Ausnahmezustandes weiter  
verhandelt werden soll. Zu diesem Zwecke werden sich  
Staatssekretär Dr. Schwemer mit zwei Referenten und die  
Abgeordneten Dr. Wirth und die Landtagsfraktion der  
Bayerischen Volkspartei und Dr. Durr (der Führer der  
demokratischen Landtagsfraktion) nach Berlin begeben.

## Keine Brüstung Bayerns.

Dr. L. B. meldet aus Berlin: Die bayerische Regierung  
hat die Telegramme, die der Reichsminister des Innern in  
der Angelegenheit des Verbotes der „München-Kugelschreiber-  
Abendzeitung“ und der Unruhen in Koburg an die Regie-  
rung in München geschickt hatte, den bayerischen Zeitungen  
zur Veröffentlichung übergeben, deren Kommentare dahin  
lauten, daß die Telegramme einen Eingriff in die bayerischen  
Rechte und eine Brüstung Bayerns bedeuteten. Eine  
solche Auffassung ist durchaus unbillig und in keiner Weise  
beabsichtigt. Der Reichsminister des Innern hat es im Ge-  
meinte vermieden, sich unmittelbar an untergeordnete Or-  
gane des bayerischen Staates zu wenden, oder direkt auf Grund  
der Verordnung des Reichspräsidenten ein Verbot der Zeit-  
ung auszusprechen, um der bayerischen Zentralregierung  
Gelegenheit zu geben, von sich aus das Erforderliche zu tun.  
Die Regierung in München hätte also, wenn sie eine abwei-  
chende Meinung hat, diese in Verhandlungen geltend machen  
können. Eine Zurückhaltung der Lage, von der die bayerischen  
Zeitungen reden, wäre danach lediglich auf die bedauerliche  
Veröffentlichung der Telegramme zurückzuführen.

## Eine Erklärung

### des bayerischen Gewerkschaftsausschusses.

Wie der „Vorwärts“ meldet, waren Montag die Ver-  
treter der freigewerkschaftlichen Landesverbände von  
Bayern in München versammelt, um zur Lage Stellung  
zu nehmen. Die Konferenzvertreter der acht bayerischen  
Regierungsvertreter suchten am Vormittag beim Minister-  
präsidenten v. Raab eine Erklärung nach, in der eine  
Erklärung begründet werden sollte des Inhalts, daß die  
verammelten Mitglieder des Gewerkschafts-Landesaus-  
schusses von Bayern im Interesse der Aufrechterhaltung der  
Reichseinheit und der demokratischen Republik die sofortige  
Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern für un-  
bedingt notwendig halten. Ferner wird von der bayerischen  
Regierung verlangt, daß sie Maßnahmen trifft, die die  
Sicherheit der Demokratie und der Republik auf das be-  
stimmteste gewährleisten. Die Besprechung wurde vom  
Ministerpräsidenten auf heute Mittwoch verschoben.

## Eine Erklärung des Münchener Bürgerrats.

Der Münchener Bürgerrat erläßt im Namen einer  
großen Anzahl der wichtigsten Körperschaften des bayerischen  
Wirtschaftslebens eine Erklärung, in der die verwerfliche  
Deke gegen die bayerische Koalitionsregierung bedauert und  
die Regierung aufgefordert wird, vor dem von verschiedenen  
Seiten auf sie ausgeübten Druck nicht zurückzweichen, son-  
dern unbedeut die Linien ihrer bisherigen Politik weiter  
zu führen.

## Der Reichswehrminister in München.

Reichswehrminister Dr. Gessler ist in München einge-  
troffen und hat an einer Beratung der demokratischen Frak-  
tion, zu der auch Mitglieder aus dem Lande zugezogen  
waren, teilgenommen.

## Ein Dementi.

Von zuständiger Seite in Berlin wird mitgeteilt, daß  
die Meldung des „Bayerischen Vaterland“, der Reichstanzler  
habe auf dem Ratholfsplatz gesagt, nach der Erledigung der  
obersächsischen Frage werde das bayerische Geschwür an-  
geschritten werden, unzutreffend ist. Eine derartige Äußerung  
ist nie gefallen.

## Eine bewußte Irreführung.

WIB. meldet aus Berlin: Nach einer Meldung des  
„Berl. Botenboten“ veröffentlichten Münchener Zeitungen  
einen vom Verfassungsausschuß des Reichswirtschaftsrats  
ausgearbeiteten Plan zur wirtschaftlichen Sicherung des  
Reichs, um an ihn die Bemerkung zu knüpfen, daß er eine  
Teilung Bayerns in Nord- und Südbayern  
vorsehe, somit Bayern mit der Postenkriegs-  
Frankens bedrohe. Damit ist einer der wesentlich-  
sten seit langem bekannten Angelegenheiten eine durchaus  
unzutreffende Bedeutung beigelegt. Es handelt sich um eine  
Arbeit des Verfassungsausschusses des Reichswirtschaftsrats,  
an der nicht nur der frühere sozialistische Reichstags-

abgeordnete Cohen (Neuf), sondern auch das Mitglied des  
Reichswirtschaftsrats Oberbürgermeister Wittler, der der  
Deutschen Volkspartei angehört, als Referent betraut war.  
Der Plan betrifft die Einteilung des Reichs in Bezirks-  
wirtschaftsräte und gehört mit zu den vorbereitenden Arbeiten  
für die endgültige Organisation des Reichswirtschaftsrats.  
Er hat nur wirtschaftliche und nicht die geringste politische  
Bedeutung. Es ist eine ungeheure Verdröpfung der Tat-  
sachen, wenn man diesen Plan als Beweis für einen beab-  
sichtigten Eingriff in die politische Sicherung des Reichs  
hinstellen will. Eine derartige Verdächtigung muß als he-  
w u n t e r e s ä h r u n g der bayerischen öffentlichen Mei-  
nung bezeichnet werden.

## Die württembergische Regierung zum Ausnahmeverlaß.

Dr. L. B. meldet aus Stuttgart: Von zuständiger Seite  
wird mitgeteilt: Die württembergische Regierung hat sich in  
einer Kabinettsitzung mit dem Erlaß der Reichsregierung  
betr. den Schutz der Verfassung befaßt. Sie ist der Ansicht,  
daß das Vorgehen der Reichsregierung durchaus verfassung-  
mäßig ist, in der allgemeinen politischen Entwicklung der letz-  
ten Zeit seine Rechtfertigung findet und im übrigen nach  
allen Seiten hin gleichmäßig gilt. Eine vorherige Fühlungs-  
nahme mit den einzelstaatlichen Regierungen hätte allerdings  
auch die württembergische Regierung als notwendig erachtet.  
Die Reichsregierung ist von dieser Auffassung verhalten  
worden.

## Morgen jun. in Berlin?

Wie die „D. Z. am Mittag“ meldet, soll das Haupt der  
Kempferer Bewegung, Joseph Pieppont Morgen  
für im Kreuzen Jutogito 6 Tage lang in Berlin auf-  
gehalten und mit verschiedenen Verantwortlichen aus Finanz-  
kreisen Verhandlungen gepflogen haben. Eine Behauptung  
dieser Art war bisher nicht zu erlangen.

## Die Zeitungsverbote vom Reichspräsidenten.

Am Freitag, den 9. September nachmittags 4 Uhr tritt  
der auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten  
vom 20. August gebildete Reichspräsidenten-Ausschuß zusammen,  
um über die vorliegenden Beschwerden der verbotenen Zeit-  
ungen zu beschließen. Die auswärts erscheinenden Zeitun-  
gen sind zu dem Termin geladen.

## Die trübe Frage.

Wie Reuters aus Dublin meldet, wird dort die Lage  
am 6. als kritisch angesehen; indessen verhärtet sich der  
Glaube, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen werden,  
und daß das britische Kabinett die Bevollmächtigten der  
Sowjetregierung zu einer weiteren Konferenz einladen wird. Es  
wird als außerordentlich unwahrscheinlich angesehen, daß  
Lord George bereit ist, die Verantwortung für einen Bruch  
des Waffenstillstandes zu übernehmen. Verantwortliche  
Kreise lehnen die Annahme ab, daß nicht eine ehrenvolle  
Regelung gefunden werden könne.

## Rußland mißtraut der Hilfsbewegung.

„Wall Mall and Globe“ schreibt: Die amerikanische  
Berichte aus Moskau scheinen die letzten Hoffnungen zu  
zerstören, daß die bolschewistische Regierung die Bekämpfung  
der Hungersnot ihre ehrliche Mitarbeit leisten wird. Die  
Sowjet-Regierung hat nicht nur die unpolitischen Komitees  
ausgelöst und eine Anzahl der Agenten dieser Komitees  
ermordet, sondern sie beschuldigt jetzt die amerikanische  
Regierung selbst, versucht zu haben, einen Luftland  
anzuzetteln. Eine solche Haltung kann es doober  
unmöglich machen, seine Hilfsarbeiten über eine gewisse  
Grenze durchzuführen. Die Bolschewisten kümmern sich in  
Wirklichkeit gar nicht darum, was aus ein paar Millionen  
Menschenleben wird, wenn sie nur die Agonie des russi-  
schen Volkes zu ihrem Vorteil ausbeuten können. „Daily  
Telegraph“ meldet, daß die Lage in Rußland von der  
außerordentlichen Kommission beherbergt wird.  
Wenn werde, wie früher der Fall, mit Gerüchten über neue  
weiterverbreitete Verdröbrungen terrorisiert. Als es sich  
zeigte, daß Lenin ein Zusammengehen mit den unpolitischen  
allrussischen Hilfskomitees begrüßte, wurden sofort von der  
außerordentlichen Kommission eine weiterverbreitete Be-  
schuldigung und die Beweise dafür fabriziert. Russischen  
Mitteln zufolge haben in den Provinzen mehrere Gemetzel  
unter den Vertretern dieses Komitees stattgefunden. Beson-  
dere Abordnungen von Polizeiposten verhafteten die  
Agenten des Komitees und erschossen sie kurzerhand. Die  
Sowjetregierung begreife eine neue Campaigne des Terror  
gegenüber den gebildeten Kreisen Rußlands. Wie der  
„Nation“ aus Helmsingford mitteilt, veröffentlicht die  
„Pravda“ eine Liste von 61 Personen, die infolge der jün-  
gen Verdröbrung gegen die kommunistische Regierung  
erschossen wurden. Unter ihnen befinden sich hervor-  
ragende Vertreter der Wissenschaft, Kunst und Literatur,  
ferner Studenten, Offiziere, Matrosen und Frauen. Nach  
Sabasmeldung aus Paris verlautet aus Moskau, daß